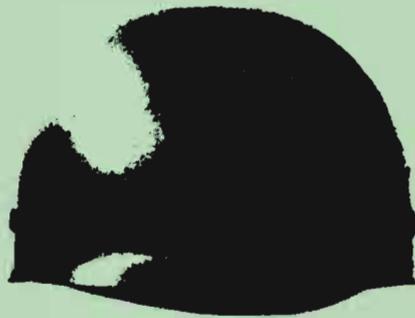


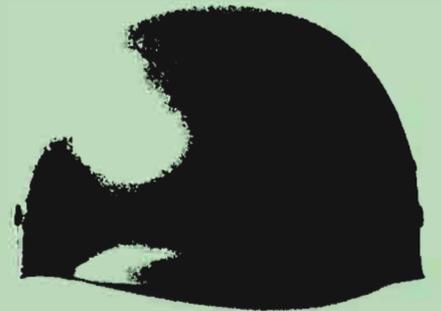
aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

märz 71 nr 40



**unter
tanen
fabrik**



"Laßt Kreisky und sein Team arbeiten!" ... und was dabei herauskommt	3
Marmelade kontra Flugblatt	8
Internationaler Kongreß "Jugend gegen Kriegsdienst"	9
Novelle zum Betriebsrätegesetz	11
Polizeipazifismus	13
Unvereinbar	15
Internationalistische Solidarität	16
Manifest der Nationalen Befreiungsbe- wegung Uruguay (Tupamaros)	19
Degenhardt	23

"aspekte" Diskussions- und Informations-
blatt der Freien Österreichischen Jugend
(Bewegung für Sozialismus) - Wien.
Eigentümer, Herausgeber und Verleger:
Freie Österreichische Jugend, für den
Inhalt und die Vervielfältigung verant-
wortlich : Alfred Prandl, alle
Wien 1040, Belvederegasse 10.

Spenden auf Kontonummer: 2-307-435



„Laßt und sein Team arbeiten!“

Die sozialdemokratische Regierung hat sich verstärkt, um ihre Ziele besser erreichen zu können. Der Vorstand der SPÖ hat auf Vorschlag Kreiskys einen neuen Heeresminister bestellt: General (Brigadier) Lütgendorf. Wer ist dieser Mann? Eigentlich heißt er Freiherr von Lütgendorf und ist Sproß eines westfälischen Adelsgeschlechts, das schon vielen Herrn gedient hat. Der bekannteste Vertreter dieser edlen Familie war Feldmarschall-Leutnant Kasimir von Lütgendorf, der 1914 drei Soldaten der k.u.k. Armee widerrechtlich hinrichten ließ - sie hatten Lebensmittel gestohlen - dafür wurde er 1920 zu sechs Monaten Arrest verurteilt. Der Vater des neuen Ministers war General der Naziwehrmacht und ge-

nißt heute in Graz seinen Lebensabend.

Heeresminister Lütgendorf selbst wurde vom österreichischen Faschismus zum Offizier ausgebildet (Theresianische Militäarakademie 1934-1937) und stellte sich bald danach, unter Bruch seines Eides auf den österreichischen Staat (wenn nicht alles täuscht nennt man das Landes- oder Hochverrat) der Hitlerwehrmacht zur Verfügung. Sinnigerweise der Abwehr.

Dies stellt ihm offensichtlich in den Augen der ÖVP, ebenso wie in denen Kreiskys, einen Befähigungsnachweis aus (beide legen bekanntlich grossen Wert auf "Fachmänner"). Unter einem ÖVP-Minister wurde er, nach kurzer, schneller Karriere, Chef der Ausbildung im

und was dabei herauskommt

BH. Seine ersten Aussprüche als Minister: "Wer meinen Befehlen nicht gehorcht, muß die Konsequenzen ziehen". "Ich werde für Zucht und Ordnung sorgen". Ein "echter österreichischer Offizier", vom k.u.k.-Scheitel bis zur Nazisohle.

Gerade diesen Mann bezeichnet Bundeskanzler Kreisky als besten Garanten für die Durchführung der Bundesheerreform.

Wem nützt die Bundesheerreform?

Die Berufung Lütgendorfs zum Reformator charakterisiert besser als alle Worte die BH-Reform als das was sie ist: ein Mittel, das BH als Instrument zur Verteidigung der Interessen der Herrschenden zu verbessern.

Kreisky bestätigt dies in seiner Rede vor dem Bundesparteirat. Er unterstrich, daß die SPÖ eine Reform des BH nicht gegen die Offiziere haben wolle, sondern mit ihnen. Seine Aufgabe sehe er vor allem darin, der Jugend das BH als sinnvoll und zweckmäßig erscheinen zu lassen. Er erklärte, das Ziel der Reform sei, das BH zweckmäßiger zu organisieren und dessen Effektivität zu erhöhen, damit es schlagkräftiger werde.

Welche Funktion hat das Bundesheer?

Schlagkräftiger um welche Aufgaben zu erfüllen? Welche Schläge gegen wen soll es kräftiger führen?

Welche Antwort gibt das Wehrgesetz?

§ 2 - Das Bundesheer ist bestimmt:

- a) zum Schutz der Grenzen der Republik,
- b) zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen sowie zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt und
- c) zur Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfanges.

Zu a) Jedem einigermaßen vernünftigen Menschen ist klar, daß beim heutigen Stand der Technik, bei der Perfektion der Massenvernichtungsmittel und der Präzision der ferngelenkten Waffen, ein Land mit der Größe und Potenz Österreichs gar nicht in der Lage ist seine Grenzen militärisch zu verteidigen. Dazu kommt, daß bei dem Kräfteverhältnis das heute in der Welt zwischen den beiden Supermächten herrscht, jede kriegerische Auseinandersetzung in Europa zum Dritten Weltkrieg, zum Atomkrieg führen würde. Wilfried Daim beschreibt dies, wie schon lang vorher Prof. Hans Thirring, ausführlich und kommt zu folgender Auffassung: "Wenn ein militärisches Vakuum Nachbarn automatisch zu besetzungslüsternden Feinden machte, müßten diese schon längst in Österreich einmarschiert sein, denn das Bundesheer ist nur ein scheinbares Ausfüllsel eines Vakuums." und weiter; "Auch für die gesamtösterreichische Bevölkerung ist es gefährlich, sich zu belügen. So wird etwa die Gesellschaft im Glauben gehalten, durch das BH werde Österreich gesichert. In Wahrheit kann davon keine Rede sein. Würde man sich die prinzipielle Untauglichkeit des BH zur Verteidigung eingestehen, würde man auch klar erkennen, daß Österreich ungeschützt ist. Konsequenterweise müßte man eine unimilitärische Form des Schutzes, eine andere, für das konservative Denken völlig ungewohnte, neue Form der Verteidigung suchen".

Die wahre Funktion, die dem BH militärisch zugedacht ist, liegt, wenn überhaupt, im NATO-Konzept. In dieser Strategie zur "Verteidigung des freien Westens", die natürlich auch "sicherheitshalber" in einem Angriff auf die Warschauer - Pakt - Staaten bestehen kann, spielt Österreich und sein BH die Rolle des Opferlammes.

Zu c) Auch dem reinsten Tor muß klar werden, daß dieser Punkt nur der Verschönerung dient. Jeder größere Kapitalist gibt für persönliche Luxusartikel für sich

und seine Familie (einschließlich eventueller Freundin) mehr aus, als das BH für den Katastropheneinsatz im gleichen Zeitraum. Ein winziger Bruchteil der bisherigen Militärausgaben würde genügen, um die bestehenden Feuerwehren in die Lage zu versetzen, diese Aufgabe wirkungsvoll zu erfüllen.

Schutz des kapitalistischen Systems in Österreich

Bleibt der Punkt b), des Pudels Kern im BH. Bemerkenswerterweise schweigen darüber nicht nur die offiziellen Publikationen der BH-Verteidiger, sondern auch die meisten der liberalen und "linken" Kritiker des Heeres.

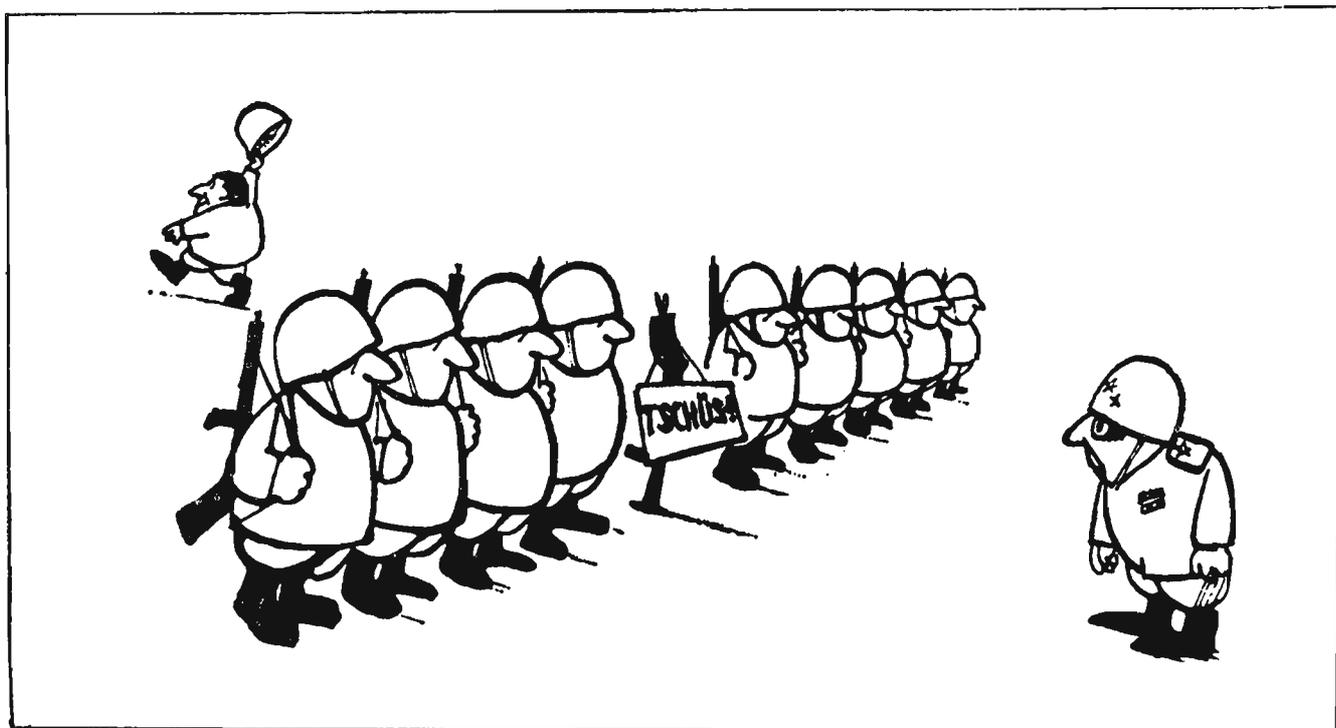
"Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit" bedeutet Stabilisierung des bestehenden Systems - Gewährleistung der Ordnung unter den Werktätigen, damit die Sicherheit der Herrschenden nicht gefährdet wird. Solange es in der Welt Klassengesellschaften gibt, gibt es auch internationalen Klassenkampf. Jedes Heer ist ein Machtinstrument des betreffenden Staates, der im Staat Herrschenden. Im Kapitalis-

mus könnten die wenigen Reichen und ihre Verwalter nicht ihre Macht gegen eine aufgeklärte einige Arbeiterklasse behaupten, wenn sie sich nicht geeignete Instrumente schaffen würden. Diese Instrumente erfüllen zwei Aufgaben, eine vorbeugende und eine notbremsende. Man könnte es auch anders nennen: Zuckerbrot und Peitsche.

Religion, Moral, ewige Werte, das gehört sich nicht, das war immer so, alle in einem Boot, Ruhe und Ordnung, Sicherheit und Sozialpartnerschaft u.a.m.

Kirche, Elternhaus, Schule, Betrieb, Massenmedien und Bundesheer vermitteln diese Werte an den jungen, heranwachsenden Menschen, auf daß er seine Klassenzugehörigkeit vergesse. Verfassung, bürgerliche Scheindemokratie, Verbote, Gesetze, politische Parteien, Erziehungsanstalten, Gerichte, Gefängnisse, sonstige Behörden, Polizei und Verwaltung sorgen dafür, daß hier keiner ausbricht. Wenn einzelne dennoch ausbrechen, werden sie durch diese Maschinerie gebrochen.

Solange dieses System reibungslos funktioniert, ist das BH nur eines von vielen Mitteln, um



junge Menschen zu verblöden und ihnen die Sicht auf ihre ureigensten Interessen zu nehmen. Eine Erziehungsanstalt zur Produktion gehorsamer Untertanen wie andere auch. Mit einem wesentlichen Unterschied: Gleichzeitig wird das Instrument aufgebaut und intakt gehalten, das aufbegehrende Massen zusammenschießt, wenn einmal alles andere nichts mehr hilft. Bis dahin steht es als Drohung im Hintergrund. Manchmal offen ausgesprochen, meistens verschleiert.

Das System, das da aufrecht erhalten werden soll, der Kapitalismus, ist in Österreich eher putzig und auf den ersten Blick harmlos. Aber in seiner Gesamtheit, im Weltmaßstab, bildet es eine Bedrohung für die ganze Menschheit. Denn der Imperialismus bedeutet eine echte Kriegsgefahr, die ständige Drohung eines alles vernichtenden Atomkriegs. Jeder der vielen Kriege in den letzten hundert Jahren beweist dies.

Daher ist der Kampf zur Beseitigung dieser Gesellschaftsordnung, für die Aufhebung der Klassengesellschaft überhaupt, die Aufgabe vor der die Menschheit steht. Dieser Kampf muß überall geführt werden, auch in Österreich.

In unserem Land befinden wir uns zur Zeit in der Periode des Zuckerbrots. Nicht die Ergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse, nicht Barrikadenkämpfe, sondern der Kampf um die Hirne der Massen, der Kampf gegen die Sozialpartnerschaftsideologie, für das Selbstverständnis der Lohnabhängigen steht auf der Tagesordnung.

Um so wichtiger ist es, die Funktion des BH in seiner Verquickung mit den imperialistischen Natostaaten als Erziehungs- und Druckmittel der Herrschenden aufzuzeigen.

Die beste Methode, um dies in der Öffentlichkeit zu tun, ist die massenhafte Wehrdienstverweigerung, verbunden mit einer Informations- und Aufklärungskampagne.

Lasst sie doch allein ihre Macht und ihre Interessen verteidigen!

Als Ventil für etwaige unbesserliche Kriegsgegner wurde in das Wehrgesetz der § 25 eingebaut. Er besagt: "Wehrpflichtige können auf Antrag vom Wehrdienst mit der Waffe freigestellt werden, wenn sie unter Berufung auf ihr ernsthaftes religiöses Bekenntnis oder aus Gewissensgründen die Anwendung von Waffengewalt ablehnen und dies auch glaubhaft (Unterstreichung vom Gesetzgeber) zu machen vermögen. Wird dem Ansuchen stattgegeben, so hat der Waffendienstverweigerer Präsenzdienst ohne Waffe für die Dauer von 12 Monaten zu leisten".

Dieses Ventil sitzt sehr streng. Nicht nur, daß politische Gründe, etwa obenstehende, selbstverständlich nicht anerkannt werden und die Glaubens- oder Gewissensgründe einer Kommission von eingefleischten Militaristen glaubhaft gemacht werden müssen, wird der Wehrunwillige auch noch mit einer um drei Monaten längeren Dienstzeit bestraft. Darüber hinaus ist für eine Armee der Nichtwaffenträger (Schreibstube, Küche etc.) genauso unentbehrlich wie der Waffenträger. Der Waffendienstverweigerer trägt also genauso wie jeder andere Präsenzdienstler zum Funktionieren der verhaßten Armee bei. Wen wundert es also, daß dieser Schritt bisher nur von ganz wenigen Österreichern gemacht wurde.

Dabei wäre die massenhafte Waffendienstverweigerung bei aller Unzulänglichkeit, bei entsprechender Publizierung und gleichzeitigem Kampf um echte Wehrdienstverweigerung immerhin ein Mittel zur Politisierung der Öffentlichkeit. Allerdings muß festgestellt werden, daß eine rein moralische, bzw. religiöse Motivation der Waffendienstverweigerer, wie bei uns üblich, äußerst unzulänglich ist. Denn die Reduzierung der Wehrdienstdebatte auf einen abstrakten Dialog über Gewissensfragen führt zu einer Privatisie-

rung der Problematik. Dies täuscht darüber hinweg, daß der Widerstand gegen Rüstung, Krieg und Armee als Herrschaftsinstrument erst dann wirksam wird, wenn er über die rein persönliche Sphäre der Verneinung hinausgeht, die politischen Hintergründe aufdeckt und zu beseitigen sucht.

Da die Beschränkung der Diskussion auf religiöse, ethische und moralische Gründe die Grundlagen der Militärpolitik in keiner Weise antastet, verhindert sie die Aufklärung über ökonomische und politische Hintergründe der Militarisierung. Dies aber sollte gerade die politische Wehrdienstverweigerung leisten.

Unpolitische Waffendienstverweigerung, bzw. deren Anerkennung, dient den Machthabern als Alibi, ihre Scheinliberalität zu demonstrieren, um gleichzeitig die Entstehung und Entwicklung des politischen Bewußtseins zu verhindern.

Erreicht werden müßte also eine echte, politisch motivierte Wehrdienstverweigerung von Präsenzdienstpflichtigen und älteren Wehrpflichtigen, die ihren Präsenzdienst schon geleistet haben. Das heißt: Nichteinrücken zu Präsenzdienst, Inspektionen, Instruktionen oder Waffenübungen, eine totale Ablehnung jeder Mitarbeit im Bundesheer, egal ob mit oder ohne Waffe. Und das nicht nur, wenn die Einberufung schon da ist, sondern prinzipiell ein für allemal. Bereits "Gediente" tun dies am besten durch Zurücksendung ihrer Wehrdienstbücher und sonstiger anvertrauter Gegenstände.

Das wäre ein radikaler Schritt, der, da er die Machthaber echt trifft, von diesen nicht geduldet werden kann. Das heißt, Wehrdienstverweigerer hätten mit gerichtlichen Repressalien zu rechnen, wenn die Gesamtbewegung in der Öffentlichkeit nicht genug Widerhall finden würde um dies zu verhindern.

Um diese Problematik zu beraten, bzw. um die Kampagne möglichst wirkungsvoll durchführen zu können, wurde für Ende März ein internationaler Kongress "Jugend gegen Kriegsdienst" nach Wien einberufen.

B.H.

Der Kongreß wird sich aus vier Arbeitsgruppen konstituieren:

- 1) Probleme der Kriegsdienstverweigerung / Alternativdienst
- 4) Schule, Militär und Militärdeologie
- 2) Ursachen der Militarisierung
- 3) Modellfall Österreich

Donnerstag, 25. März 1971 10^h
Gründungsversammlung des IDK
(Internationale der Kriegsdienstgegner)

Freitag, 26. März 1971 19.30^h
Eröffnungsvortrag (F.Vilman)

Samstag, 27. März 1971
tagsüber Gruppenarbeit
20 Uhr Kulturveranstaltung

Sonntag, 28. März 1971 10-15^h
Abschlußplenum und Abschluß-
erklärung

Wir weisen darauf hin, daß in der nächsten Nummer der "aspekte" ein Artikel über die wirtschaftliche Funktion des Bundesheers erscheinen wird.

Marmelade kontra Flugblatt

Der Oberstleutnant des Bundesheeres Herbert Urban, stand am 28. Jänner 1971 nachmittags wegen leichter Körperverletzung in St. Pölten vor Bezirksrichter Dr. Böhm.

Im überfüllten Saal C des Bezirksgerichtes ging der von vielen mit Spannung erwartete Prozeß in Szene. Auch die vier "Volksbegehrer", Fahrdienstleiter Herbert Studener und die Studenten Robert Sommer, Alfred Schiemer und Bert Steingötter, waren mitangeklagt, da Urban gegen sie "Verletzungsanzeige" erstattet hatte.

Am 5. Oktober hatten die vier "Volksbegehrer" vor der Hesser-Kaserne Flugzettel für das Volksbegehren gegen das Bundesheer verteilt, als aus der Kaserne ein Zivilist (Urban) mit am Rücken verschränkten Armen auf Sommer zuschritt, ihm einen Marmeladebecher aus Hartplastik (der dabei zersplitterte) an den Kopf warf und Sommer niederschlug. Studener ging nach einem Angriff Urbans ebenfalls zu Boden und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Als Sommer auf dem Boden lag, umklammerte er, um weitere Angriffe Urbans zu verhindern, dessen Beine. Der Offizier "trat" sich jedoch den "Weg frei", verschwand in der Kaserne und brachte nach seiner Ausforschung einige Tage später auch noch die Dreistigkeit auf, zu behaupten, von den Stimmgzetteln niedergeschlagen und am Knie verletzt worden zu sein. Er habe die Handbewegung Sommers (dieser reichte mit einer Hand das Formular, unter der anderen hielt er ein Paket mit den restlichen) als Angriff gedeutet. "Ich habe schließlich Nahkampf-ausbildung!" - Gelächter im Saal.

Während Urban die vier Aktivisten als "Täter" bezeichnete ("Man

liest von ihnen ja genug in kommunistischen Zeitschriften !"), bekannten sich Sommer und Studener als nichtschuldig und stellten eine von ihnen an dem Offizier begangene Verletzung entschieden in Abrede. Schiemer und Steingötter waren an dem Zwischenfall überhaupt nicht beteiligt.

Sämtliche Zeugen bestätigten, daß Urban der Angreifer war; unter anderen der ehemalige Präsenzdiener Hans Kolar, der als Wachposten die Vorgänge verfolgen konnte. Urban, der sich immer wieder durch Zwischenrufe bemerkbar machte, stellte sich neuerlich als Opfer und wahres Unschuldslamperl dar. Als Robert Sommer - schließlich war ja er der Leidtragende der Powidl-Attacke - einmal den Ausdruck "... und nicht, wie der liebe Urban es sagt" in den Mund nahm, wurde er vom Richter ermahnt.

Bei seiner Rechtfertigung erklärte sich der Offizier neuerlich für unschuldig und selbst als den Angegriffenen. Es sei vielleicht möglich, daß er vor "Bestürzung" und "Schreck" (als Nahkämpfer, der Powidl spazieren trägt!) sich hinreißen habe lassen.

Der Verteidiger der "Volksbegehrer", Dr. Wigrostek, betonte, daß die Verteilung der Stimmgzettel in Ausübung eines demokratischen Rechts erfolgt sei. Es gehe nicht an, daß dieses Recht von einem Einzelnen beschnitten werde. Im übrigen hätten die übereinstimmenden Zeugenaussagen eindeutig die aggressive Handlung Urbans bestätigt, der keineswegs bedroht worden war; es könne daher auch von keiner "Abwehrhandlung" die Rede sein. Dr. Wigrostek forderte daher strenge Bestrafung des Offiziers und Freispruch für seine Mandanten.

In diesem Sinne entschied auch Bezirksrichter Dr. Böhm, der Urban zu S 1.200,-- Geldstrafe und Ersatz der Prozeßkosten verurteilte und die "Volksbegehrer" freisprach. Urban berief sofort gegen das Urteil.

INTERNATIONALER KONGRESS:



IM
**ALBERT
SCHWEITZER-
HAUS**
WIEN IX.,
GARNISONG. 14-16
ERÖFFNUNG:
FREITAG, 26.3.1971
19h 30

Ich(wir) melde(n) mich(uns) zur Teilnahme am Kongreß: Zahl:.....

Ich(wir)wünsche(n) die Zusendung der ca. 150seitigen Arbeitsmappe
(Kostenbeitrag=Kongreßbeitrag S 50,-) per Nachnahme
mit Erlagschein Anzahl:.....

Ich(wir)möchte(n) im(in) folgenden Arbeitskreis(en) teilnehmen:

- 1) Probleme der Kriegsdienstverweigerung/Alternatvdienst
- 2) Ursachen der Militarisierung
- 3) Modellfall Österreich
- 4) Schule, Militär u. Militärideologie

Ich(wir) ersuche(n) um Quartiervermittlung (Notquartier Hotel
männl.... weibl..... Paars... von bis

Ich(wir) bin(sind) Kriegsgegner Kriegsdienstverweigerer
Waffendienstverweigerer

Ich habe Interesse an der Internationale der Kriegsgegner
und möchte ordentliches förderndes Mitglied werden

Die Menschheit muß dem Krieg ein Ende setzen, sonst setzt der Krieg der Menschheit ein Ende. Der Krieg in Indochina (Vietnam, Kambodscha und Laos). Kriegsgefahren in anderen Teilen der Welt erinnern an die Wahrheit dieses Satzes.

Quer durch die politischen Systeme wird heute erkannt, daß nur durch Abrüstung die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit gebannt werden kann. Wissenschaftler mahnen und fordern die radikale Veränderung des politischen Weltsystems. Dennoch geht der Rüstungswettlauf weiter, trotz ansteigenden Hungers und zunehmenden Elends in der Welt.

Auch das österreichische Bundesheer möchte selbst als lächerliche Karikatur eines Militärs die falsche Vorstellung vermitteln, daß Friede nur durch Rüstung und Abschreckung gesichert werden könne. In Wirklichkeit ist es ein Stabilisierungs- und Disziplinierungsfaktor und dient als Stütze der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Macht. Als solche leistet es seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der sozialen Ungerechtigkeit, Unfreiheit, Unterdrückung und Ausbeutung in der Welt.

In dieser fatalen Situation rufen wir auf zu einem internationalen Kongreß "Jugend gegen Kriegsdienst", auf welchem u.a. die Ursachen der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft analysiert, die zum totalen Gehorsam und zur Anpassung vorbereitenden Erziehungsmechanismen aufgedeckt, und die Kriegsdienstverweigerung und der Alternativdienst in ihrer friedenspolitischen Funktion behandelt werden sollen.

Die Unterzeichner rufen die Jugend und sämtliche interessierten Organisationen und Persönlichkeiten zur Teilnahme und zur Unterstützung des Kongresses auf.

Vorbereitungskomitee für den internationalen Kongreß „Jugend gegen Kriegsdienst“, A-1010 Wien, Schottengasse 3a/1/58, Tel. 63 62 12 — Aktion katholischer Studentenpresse — Aktion Wien (Unabhängige Österr. Studentenvereinigung) — Amnesty International, österr. Sektion — Bertha-Suttner-Gesellschaft — Deutsche Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienstgegner — Evangelische Studentengemeinde — Freie Österreichische Jugend (FÖJ) — Internationaler Versöhnungsbund — Internationaler Zivildienst — Katholische Studierende Jugend — Kritischer Klub (Paulus-Gesellschaft, österr. Sektion) — Verband Sozialistischer Mittelschüler — Zentrum für Soziale und Internationale Verständigung — Verband Sozialistischer Studenten Österreichs — Vereinigung Demokratischer Studenten

Abs.:

.....

.....

.....

Drucksache

An das

Kongreßbüro:

Jugend gegen Kriegsdienst

Wir bitten um Spenden:

Kto. Nr. 601 164 502 bei
der Zentralsparkasse der
Gemeinde Wien

A-1010 Wien

Schottengasse 3a/1/58

Novelle zum Betriebsräte- gesetz

Der Begriff "Mitbestimmung" löst bei nicht wenigen Genossen ein gewisses Unbehagen aus. Die Erfahrungen in der BRD (Arbeitsdirektoren) und die Haltung der entscheidenden Gewerkschaftsfunktionäre fordern die Assoziation Mitbestimmung - Reformismus (und andere -ismen) geradezu heraus.

Die Frage ist nur: was meinen "die", wenn sie Mitbestimmung sagen, und was verstehen wir darunter?

Der Text des vorgelegten Gesetzesentwurfes zeigt eindeutig, daß die maßgeblichen gewerkschaftlichen Kreise eine Lösung der Mitbestimmung im beiderseitigen Einvernehmen, im Sinne der wunderschönen "Sozialpartnerschaft" anstreben. Das bedeutet, und das ist auch aus dem Vorschlag des ÖGB-Vizepräsidenten - Sozialminister - Vizekanzler Häuser erkennbar, den Verzicht auf Überwindung des "Herr-im-Haus" Standpunkts der Unternehmer.

Wir aber verstehen unter Mitbestimmung das Recht der Arbeiterschaft, nicht nur im sozialrechtlichen sondern auch im ökonomischen Bereich des Betriebes Entscheidungen treffen zu können. Diese Art der Mitbestimmung kann aber nicht im beiderseitigen partnerschaftlichen Gespräch erreicht werden, sondern nur durch Kämpfe der Arbeiterschaft. Hier wird der Kampf um die Durchsetzung der Mitbestimmung als Element des Klassenkampfes erkennbar, kann

die Entwicklung des Klassenbewußtseins fördern und die Grenzen des kapitalistischen Systems sichtbar machen.

Das ist sowohl den Unternehmern als auch den auf "sozialen Frieden" und "Sozialpartnerschaft" (das gute Einvernehmen zwischen dem ÖGB und den Unternehmern) bedachten SP- und ÖGB-Funktionären klar. Daher hat Minister Häuser vollkommen "recht", wenn er die demagogischen Angriffe seitens der ÖVP und der Handelskammer mit der lapidaren Feststellung widerlegt, daß in der Novellierung des Betriebsrätegesetzes keine Spur von Mitbestimmung sei.

Bei den in der Novelle vorgesehenen Änderungen geht es im wesentlichen um sieben Punkte, wobei zusätzlich bemerkt werden muß, daß (absichtlich?) jegliche Bestimmungen über Wahl, bzw. gesetzlichen Schutz von Jugendvertrauensmännern fehlen.

Geltungsbereich des Betriebsrätegesetzes (§ 1 BRG)

Anfechtung der Betriebsratswahl (§ 9 BRG)

Zentralbetriebsrat (§ 12 BRG)

Aufgaben und Befugnisse des Betriebsrates (§ 14 BRG)

Freistellung der Betriebsräte (§ 16/4 BRG)

Immunität der Betriebsratsmitglieder (§ 18 BRG)

Kündigungs- und Entlassungsschutz der Dienstnehmer (§ 25 BRG)

VERANSTALTUNG DER
SONGGRUPPE

in Leoben mit Erfahrungsaustausch
FÖJ-Steiermark -
FÖJ-Wien.

Interessenten 65 19 52
anrufen.

Allein die Aufzählung dieser Punkte zeigt die Einschränkung auf rein sozialrechtliche Fragen.

Maßgeblich scheinen uns die Paragraphen 14, 16/4 und 18 zu sein, die zwar gewisse positive Erweiterungen der Betriebsräte-Rechte beinhalten, aber in keiner Hinsicht die Rechte des Unternehmers einengen.

Durch den §14 des BRG soll ab nun eine "Informationspflicht" gewährleistet werden. Dazu die "Erläuternden Bemerkungen" des Ministeriums:

"Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Demokratisierung der Entscheidungsvorgänge im Betrieb und zur Herbeiführung eines sozialen Betriebsklimas ist die rechtzeitige Information der Belegschaft über die Vorgänge im Betrieb... Eine allgemeine Informationspflicht des Betriebsinhabers gegenüber dem Betriebsrat besteht derzeit nicht. Deshalb scheint es unerläßlich, als eine Vorstufe für jegliches Mitbestimmungsprogramm, eine solche allgemeine Informationspflicht festzulegen und darüber hinaus eine periodische, gemeinsame Beratung des Betriebsinhabers mit dem Betriebsrat über alle die Interessen der Dienstnehmer betreffenden Fragen in sozialer, wirtschaftlicher und technischer Hinsicht unter Einschluß jenes Bereichs, der in der internationalen Literatur als "Human relations" bekannt ist, einzurichten."

Sowohl in diesen Erläuterungen als auch im Gesetzesvorschlag fehlen jedoch jegliche Vorstellungen über die Erzwingung des Informationsrechtes. Der Unternehmer kann juristisch weder gezwungen werden, die (ohnehin frisierte) Bilanz dem Betriebsrat vorzulegen, noch überhaupt Informationen zu geben.

Doch selbst diese leere Floskel von der "Informationspflicht" erscheint den Unternehmern schon gefährlich. Und prompt weicht der ÖGB einen weiteren Schritt zurück.

Die "Verpflichtung" zur Information soll einer bloßen "Einladung" weichen. "Wo man uns nicht will, gehen wir nicht hin" stellte Zentralsekretär Wille (Metall- und Bergarbeiter) am 9. Februar 1971 dazu fest.

§16 regelt einen durchaus begrüßenswerten Bildungsurlaub für Betriebsratsmitglieder. Allerdings sollte diese Bestimmung unserer Meinung nach auch auf die Mitglieder der Belegschaft ausgedehnt werden.

§18 bringt wohl eine Verbesserung durch die Ausdehnung des Kündigungsschutzes bis ein halbes Jahr nach Ablauf der Funktionsdauer für die Betriebsräte, aber gerade was den Schutz vor willkürlichen Entlassungen von Betriebsratsmitgliedern "auf ein von diesem Betriebsratsmitglied zu vertretendes Verhalten", wie es in der Novelle heißt, betrifft, wird vorgeschlagen, daß im Falle eines solchen Antrages auf Entlassung oder Kündigung das Einigungsamt auch den "Gemütszustand" des Betriebsratsmitgliedes berücksichtigen soll (Psychiatrierung?).

Abschliessend wäre also zu sagen, daß trotz einer Beschränkung auf rein sozialrechtliche Fragen die Novelle zum BRG nicht einmal auf diesem Gebiet einen echten Fortschritt darstellt.

CONTEX

DIREKTVERKAUF

DAMEN-, HERREN- UND
KINDERKONFEKTION

WIEN I, GONZAGAGASSE 13
1. Stock
TEL. 63 32 86

Polizeipazifismus

Österreichs Musterdemokratie kann sich auf eine Musterpolizei stützen. "Wiens Polizei kämpft mit Worten". Das hat sie von den Musterdemokraten im Parlament gelernt. Einmal kräftig "einisogn" und die Sache hat sich. Tatsächlich, Wiens Polizei reitet auf "weiche(r) Welle gegen harte Demonstrationen", sodaß "Ultralinke ohne Chance" da-, bzw. danebenstehen.

So zu lesen jedenfalls in Wiens großbürgerlicher "Presse" vom 26. Jänner 1971.

Der weltweite Siegeszug des pazifistischen Gedankens hat nun auch die festen Zinnen der Rossauerkaserne bezwungen und feiert dort fröhliche Urständ. "...das Motto, unter dem Österreichs Exekutive in 'Demonstrationskriege' zieht, ... wird in Kreisen der Behörden" folgendermaßen "angegeben: 'Die gelindeste Waffe ist das Wort'".

Das christliche Einsatzkonzept unserer frommen Polizei scheitert jedoch in manchen Fällen noch an den "Ultralinken", an "ihren Lektionen, die sie in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, Algerien und sogar in Syrien gelernt hatten" und "gut verdauten". Es scheitert am "'chinesischem Kulturrevolutionsmuster'", nach welchem die "Ultralinken" - man höre! - "vorzugehen bereit sind".

Das "beweist die Tatsache, daß auch auf Seiten der österreichischen Sicherheitsbehörden fast immer Verletzte zu beklagen sind". Dem Leser bricht das Herz...

"Der gleiche Umstand beweist jedoch ebenso, daß die Polizei tatsächlich nach dem 'Friedensgrundsatz' agiert, während Demonstranten, die in der Regel ihre härtesten Waffen einzusetzen bereit sind, kaum Läderte in ihren Reihen zählen." Des Lesers Faust ballt sich ... Seine Vorurteile

gegen unsere wackere Polizei, die sich mit dem "Friedensgrundsatz" im Herzen den grimmigen Scharen von Demonstranten stellt, die "ihre härtesten Waffen einzusetzen bereit sind", schwinden dahin. Wie doch der Schein des TV-Schirms trügt, die Aufnahmen von den wie Berserker um sich tretenden, schlagenden und stoßenden Friedenspolizisten. Doch dahinter steckt etwas anderes, erfährt der Leser, nämlich:

"Wenn die österreichische Exekutive, im speziellen die Wiener Polizei, trotz des Slogans der Gewaltlosigkeit in bestimmten Bevölkerungsteilen den Ruf einer 'Prügelgarde' hat, dürfte dies wohl dem Umstand zuzuschreiben sein, daß ihre Taktik nicht mehr ganz taufrisch ist."

Deswegen wohl die Anschaffung von Wasserwerfern, unter deren Strahlen die verstaubten Ingredienzien der im Grunde so friedlichen Polizeitaktik im Nu taufrisch erstrahlen werden... Bis jetzt haben nämlich unsere Blumenkinder von der Polizei manchmal "ein optisch nicht sehr schönes Bild" geboten. Aber das ist, wie gesagt, nicht ihre Schuld, denn:

"Wenn also im Einsatzfall eine Kompanie stahlhelmbewehrter Polizisten im Laufschrift auf Manifestanten zukommt und in Ermangelung geeigneter 'Bewaffnung' mit den Händen stößt und rempelt, sich also auf 'Rangeleien' einläßt, ergibt dies zweifellos ein optisch nicht sehr schönes Bild". Was ein Bild außer dem optischen Eindruck noch hergeben kann, ist wahrscheinlich ein tief gehütetes Geheimnis im Rahmen des Konzeptes der Gewaltlosigkeit der österreichischen Sicherheitsbehörden, welches von Fall zu Fall von heimtückischen Privatphotographen gelüftet wird: Nasenbeinbrücheblutverschmierte Gesichter von

Demonstranten, kurz "ein unerfreulicher Anblick", der so gar nicht zur subtilen Polizeiästhetik paßt. Was tun?

"Nach Ansicht von Verantwortlichen müßte die Polizei daher lernen modern zu kämpfen." Wie das? "Dazu gehörte es beispielsweise, eine Gruppe von vier Demonstranten, die untergehakt auf der Straße sitzen, also durchaus gewaltlos agieren" - aha!, "nach altbewährtem 'chinesischem Kultur-revolutionsmuster'" also - "als Ganzes wegzutragen - und nicht, wie es zur Zeit gehandhabt wird, jeden der 'Sitzstreikenden' einzeln wegzuzerren. Denn das ist, wie schon erwähnt, ein 'nicht sehr erfreulicher Anblick'. Auf psychologische Momente kommt es aber - so betonen Experten - in ganz bedeutendem Maße an."

Die Praxis des pazifistischen Agierens, des verbalen Kampfes, des gewaltlosen Auftretens der Exekutive ist, so scheint's, die unmittelbare Umsetzung einer Theorie, die von einigen im Innenministerium beschäftigten Tiefenpsychologen erarbeitet wurde. So zum Beispiel von Herrn Peterlunger, einem Experten, der schon zahlreiche handfeste Beweise seiner verbalen Schlagfertigkeit geliefert hat... Freilich beschränkt sich die Tätigkeit solcher Experten nicht nur auf den exemplarischen Austausch von friedlichen Wortgefechten mit harten Demonstrationsteilnehmern.

"Sollte es trotz dem im Vergleich zum Ausland gewaltlosen Agierens*) der österreichischen Polizei zu ernsthaften Ausschreitungen kommen, steht die Exekutive nicht ganz waffenlos da."

Der besorgte Leser kann aufatmen. Er sollte es aber lieber nicht tun. Denn unsere sanfte, so richtig wienerisch gemütliche Exekutive scheint nämlich im Laufe der langen Jahre, die im Zeichen des polizeilichen Slogans "Make love,

*) grammatikalische Fehler aus dem Original übernommen.



not war" gestanden sind, ein bißchen Fett angesetzt zu haben:

"Bekanntlich erstand man vor geraumer Zeit zwei riesige Wasserwerfer, die nur einen Fehler haben: Sie können in aufgetanktem Zustand die meisten Straßen Wiens nicht passieren."

Das kommt von der aggressiven Gemeindepolitik unserer Stadtväter, die sich mit jener der Exekutive nur schwer in Einklang bringen läßt: Wien modern gestalten - liebenswert erhalten... Als Folge davon können nicht einmal vollgetankte Wasserwerfer die Straßen Wiens passieren, sie müssen vorher Wasser lassen, was sie im Handumdrehen zu ganz gewöhnlichen Verkehrsteilnehmern macht.

Es hat allen Anschein, als sei das Friedliche im Menschen in Fleisch und Blut unserer braven Polizisten übergegangen. Zum Beispiel "warten in der Rossauerkaserne rund hundert Schilder und Helme - nach den Erfahrungen ausländischer Polizeiapparate gefertigt - auf ihre Benützung. Ihr Einsatz ist aber ebenfalls problematisch, da bisher noch nicht geübt wurde, wie man mit solchen Geräten umzugehen hat."

Bevor der Leser ganz verzagt, ein Vorschlag zur Güte, der diesem echten Problem radikal abhelfen

könnte, dabei doppelten Nutzen erbringend: Während der Fremdenverkehrssaison, in der Zeit, da in Österreich garantiert keine Demonstrationen stattfinden, sollten die Einsatzgruppen der österreichischen Exekutive die Thematik der Pradler Ritterspiele auffrischen helfen, mit Helm und

Schild, hoch zu Roß, und sollte einmal in der Hitze des Gefechtes aus dem Spiel Ernst werden, könnten auch die zwei Wasserwerfer, die tunlichst an Ort und Stelle aufzutanken wären, endlich ihren Zweck erfüllen...

Z.P.

Unvereinbar

Mit Berufung auf den bekannten Beschluß des Pol.-Büro der KPÖ, der die Unvereinbarkeit der Tätigkeit in der FÖJ mit der KPÖ-Mitgliedschaft feststellte, wurden die Genossen Fritz Zapf, Hans Margulies und Herbert Brunner aus der Partei ausgeschlossen. In Verwirklichung eines ähnlichen Beschlusses (Tagebuch) wurden die Genossen Franz Marek, Fred Margulies und Hubert Frießenbichler ebenfalls ausgeschlossen. Weitere Verfahren sind anhängig.

Nun hat sich Vorsitzender Muhri zu der Säuberung geäußert. In Prag. In einem Gespräch mit der KPC-Führung (die derzeit den Prozeß gegen Peter Uhl und Genossen, denen Kontakte zu "Trotzkisten" vorgeworfen werden, vorbereitet) sagte Muhri: "Zentraler Punkt unseres 21. Parteitages war die Abrechnung mit den rechtsopportunistischen Kräften... Bezeichnend für die Prinzipienlosigkeit dieser Leute ist die Tatsache, daß Marek und andere sich jetzt sogar offen mit neotrotzkistischen Elementen verbunden haben!" (Rude Pravo 13.2.1971)

Die KPÖ ist natürlich prinzipientreu. Als sie für den 27.2.1971 eine Solidaritätsdemonstration für Angela Davis organisierte, beschloß die FÖJ daran teilzunehmen und andere linke Gruppen aufzurufen dies ebenfalls zu tun. Dies verstößt aber anscheinend gegen die Prinzipien der Partei. Daher wurde beschlossen, daß die

Teilnahme von anderen Gruppen, vor allem der FÖJ, an einer Parteiveranstaltung unerwünscht ist.

Diese Art von "Prinzipientreue" hat einen präzisen Namen: Sektierertum! Und das ist wirklich mit kommunistischer Politik unvereinbar!

B.

Semmeringtagung

13./14. März

Tagesordnung:

1. Diskussion über Grundsatzprogramm
2. Wehrdienstverweigerung
3. 1. Mai

Samstag abends:
Kindererziehungsprobleme

Preis: S 50,-

Mitfahrmöglichkeiten
vorhanden.

Belvederegasse anrufen!

Internationalistische

Es wird uns von "links" vorgeworfen, die Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt, mit dem kämpfenden Vietnam, Palästina, Angola etc. erfülle bei uns eine Alibifunktion, nämlich die des Kneifens vor der weitaus schwierigeren Aufdeckung der Ansätze des Kampfes im eigenen Land gegen das kapitalistische System, den Verbündeten des Imperialismus.

Daher die Forderung, meist total aus dem Zusammenhang gerissen, frei nach Ho Tschih Minh: Die höchste Stufe des Kampfes gegen den Imperialismus ist der Kampf im eigenen Land um den Sozialismus.

Wird die Substanz dieses Satzes nicht in die Dialektik des "eigenen" Landes eingefügt, um derart nach ihrer unmittelbaren Anwendbarkeit befragt zu werden, gerinnt sie zu abstrakter Weisheit, zu totem Wissen.

Der Vorwurf ist Ausdruck des Fehlens einer gesellschaftlich relevanten, nationalen, revolutionären Arbeiterbewegung, der notwendigen Suche nach einer gültigen Strategie, die sich zunächst an nationalen Schwerpunkten zu orientieren hat und erst von dort, nach vollzogener Selbstverankerung den Bezug nach außen herstellen kann, will sie nicht von vornherein jeden Anspruch auf ursprünglichste Identität aufgeben.

Der Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Entwicklung an der Basis entspricht die Unterschiedlichkeit des Reifungsprozesses von zwangsläufig vorhandenen Widersprüchen im Überbau. Das ökonomisch, technisch-wissenschaftlich hochentwickelte Europa des Spätkapitalismus differenziert sich nach unterschiedlichsten Graden der Entwicklung und nach der Intensität der gesellschaftlichen Auseinandersetzung: Frankreich-

Italien, BRD-Österreich, England-Benelux-Staaten, Skandinavien etc.

Die Existenz einer politisierten Arbeiterschaft mit entsprechendem Bewußtsein vorausgesetzt, bilden Solidaritätskampagnen mit dem bewaffneten Kampf von Völkern gegen den Imperialismus, insbesondere, wenn dieser von der eigenen nationalen Bourgeoisie repräsentiert wird, einen integralen Bestandteil des täglichen Klassenkampfes.

In Ländern, wo die Klassenstrukturen im Bewußtsein ihrer Träger weitestgehend verschüttet werden konnten, stagniert mit den Klassenauseinandersetzungen auch jegliche Solidaritätsbewegung an der Basis mit den bewaffneten Befreiungskämpfen.

So blieben die Vietnam-Kampagnen in der BRD und in Österreich in ihrem Anfangsstadium weitgehend moralisch-pazifistisch motiviert und akzentuiert, Sie erfaßten vorwiegend das Studenten-, Mittelschüler- und Intellektuellenmilieu, weckten die theoretischen Keime von Politisierung, setzten Prozesse in Gang, die heute bereits ein breites und allzu farbenprächtiges Spektrum von Organisationsmustern mit dazugehörigem ideologischem Hintergrund aufweisen. Die Prozesse sind noch immer im Gang. Phasen werden durchlaufen, übersprungen, wiederholt oder abgeschlossen.

Die Übertragung dieser meist intellektuellen Entwicklungsprozesse auf die Massenbasis jedoch blieb fast gänzlich aus. Die Macht der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen, unterstützt durch bedeutende subjektive Faktoren aus der Vergangenheit, erwies sich stärker als alle isolierten Bemühungen um ihre Veränderung.

Hier liegt eine der Ursachen für den theoretischen Kurzschluß, für

Solidarität

den Vorwurf, von dem ausgegangen wurde. Die Reflexion über die globalstrategische Einordnung von bewaffneten Befreiungskämpfen und ihrer Unterstützung in den Metropolen wandte sich, von der Ergebnislosigkeit der kurzfristigen Perspektive enttäuscht, nicht ihrer eigenen Kritik zu, sondern verneinte sich nun mit gleicher Vehemenz, mit der sie sich vorher gegen jede Relativierung verteidigt hatte. Selbst Dutschkes Definition vom "langen Marsch durch die Institute" wurde mit-samt ihren gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen einfach ignoriert, und nicht die schlechtesten "Köpfe" schlugen sich oft alle Erfahrungen aus denselben heraus und verneigen sie jetzt vor jenen längst gescheiterten Konzeptionen der politischen Organisation des Klassenkampfes im eigenen Land, deren undifferenzierte Negierung einst die Ausgangspositionen stimuliert hatte.

Anders in den USA. Die sozioökonomischen Strukturen konnten trotz der ungeheuren Reserven des Landes und der Entfernung des akuten Konfliktherdes vor den Rückwirkungen auf sie, und damit auf das Vaterland des Imperialismus, nicht geschützt werden.

Die Widersprüche der amerikanischen Gesellschaft wurden nicht nur radikal aufgedeckt, ihre Zuspitzung erreicht heute ein Ausmaß, das die offene Faschisierung des American way of life auf die Tagesordnung setzt. (Siehe SPIEGEL-Interview von 25.1.71 mit G. Wallace) Täglich geschieht etwas, was unsere Amerika-Strategen gestern noch für völlig unmöglich gehalten haben. Wir müssen tatsächlich mit dem Auftreten einer amerikanischen Spielart des Faschismus rechnen, die sich auf alle "glorreichen Traditionen" des Landes stützen könnte.

Diese Entwicklung hat ihren Ursprung im Vietnam-Krieg und dem ganzen damit verbundenen Komplex - das bestreitet heute niemand mehr.

Auf die engste Verflechtung amerikanischer und westeuropäischer Kapital- und Machtstrukturen braucht nicht erst hingewiesen zu werden. Nicht so selbstverständlich erscheint heute noch vielen die Möglichkeit und die Verpflichtung, die USA - wenn auch nur psychologisch - in jenen Ländern unter Druck zu setzen, in denen ihre Hauptinteressen vertreten sind. Die USA können nirgendwo auf der Welt - ausgenommen bei sich selbst - so wenig Schwierigkeiten brauchen und verkraften wie in den mit ihnen auf Leben oder Tod verwachsenen westeuropäischen Metropolen. Nur so ist die Meinung von Vertretern der DRV und der FNL zu verstehen, wenn sie uns immer wieder sagten, daß jedes Flugblatt, jede Vietcong-Fahne, jede noch so kleine Demonstration gegen die USA für den vietnamesischen Befreiungskampf von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Selbstverständlich verlangten sie von uns nicht, wir sollten jeden Kampf um nationale Belange hintanstellen. Aber sie verwiesen mit Recht darauf, daß selbst die rein emotionale, moralische Identifikation mit ihrem Kampf wirkungsvoller Transmissionsriemen für das Verständnis der eigenen Probleme, der Funktion des heimischen Kapitalismus ist. Das trifft nicht nur auf den Kampf Vietnams zu.

Kehren wir zum Ausgangspunkt der Überlegungen zurück. Die Wahrheit ist die, daß Solidaritätsaktionen mit dem Befreiungskampf der Dritten Welt kein Strategieersatz sein können.

In Österreich stehen Probleme vor uns, die alle zur Erstellung einer gültigen Gesamtstrategie

Wie bekannt wurde Angela Davis, von der faschistischen US-Justiz unter lächerlichen Vorwänden, eingekerkert. Zu ihrer Freilassung ist eine Kautions von Dollar 250.000,-- notwendig. In der ganzen Welt begann eine Spendenaktion.

Bei den Degenhardtveranstaltungen in Wien und Graz wurden von der FÖJ S 7.000,-- gesammelt. Diese Summe wurde auf das Konto des Bundes Demokratischer Frauen überwiesen und gemeinsam mit anderen Spenden an das Komitee für Solidarität mit Angela Davis in New York geschickt.

Weitere Spenden können auf das Konto der "Roten Hilfe" bei der Zentralsparkasse Nr. 602 321 507 eingezahlt werden.

Fortsetzung von Seite 17

notwendigen Bereiche erfassen: Klassenanalyse, Analyse der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Widersprüche, praktische Fragen des Aufbaus einer Organisation mit Massenbasis etc. Dies ist gegenwärtig die Hauptaufgabe, der wir weder durch vorübergehende Konzentrierung auf spezifische Probleme von Randgruppen der Gesellschaft, noch durch einseitige Konzentration auf Solidaritätskampagnen gerecht werden können.

Unsere Solidarität jedoch mit dem bewaffneten Befreiungskampf in der Dritten Welt, mit den Akteuren der Zweiten Front, die quer durch Amerika geht, mit den Black Panther, mit Angela Davis, die von den US-Behörden zu einer Symbolfigur, zur Herausforderung an alle fortschrittlichen Kräfte gemacht wurde, ist unabdingbarer Teil unserer Praxis, die alle wichtigen Aspekte der Dialektik der nationalen und internationalen Klassenauseinandersetzungen reflektieren muß, damit die Ein-

heit von Erster, Zweiter und Dritter Front herstellend.

P. S. Soeben wird die Nachricht von der neuerlichen Ausweitung des Indochina-Krieges durch die US-Aggressoren und ihre Marionetten auf das neutrale Territorium von Laos bekannt. Die Vietnamisierung, Kambodschanisierung, Laotisierung der US-Aggression in Südostasien verschärft nur die Vietnamisierung der USA selbst.

Die völlige Apathie und Tatenlosigkeit, mit der die österreichische Linke, die anlässlich der Kambodscha-Invasion der USA eine der machtvollsten politischen Manifestationen der letzten Jahre organisiert hat, heute den Ereignissen gegenübersteht, ist nicht zuletzt Ergebnis jener Konfusion, die oben behandelt wurde und zu der sich neuerdings eine Variante zugesellt, die mit der Schaffung des Begriffs "Liberaler Antimperialismus" den Gipfelpunkt des "linken" Kretinismus erklommen hat und die Verantwortung für die Folgen trägt.

4.2.1971

Zsolt Patka

ERNST ZDRAHAL

stellt aus

Malerei, Plastik, Graphik

im

Forum - Stadtpark

Graz

vom 16. März

bis 6. April

Die Veröffentlichung dieses Dokumentes war eine der Bedingungen der Tupamaros, die an die Freilassung des brasilianischen Diplomaten Diaz Gomide und des US-"Beraters" Mitrione geknüpft waren. Das Manifest wurde am 18. September 1970 in Uruguay veröffentlicht. Die Enthaftung oppositioneller Studenten wurde aber vom Regime verweigert, so daß die Tupamaros gezwungen waren, die Entführten zu behalten und weitere Aktionen ähnlicher Art durchzuführen.

Manifest der Nationalen Befreiungsbewegung Uruguay- Tupamaros

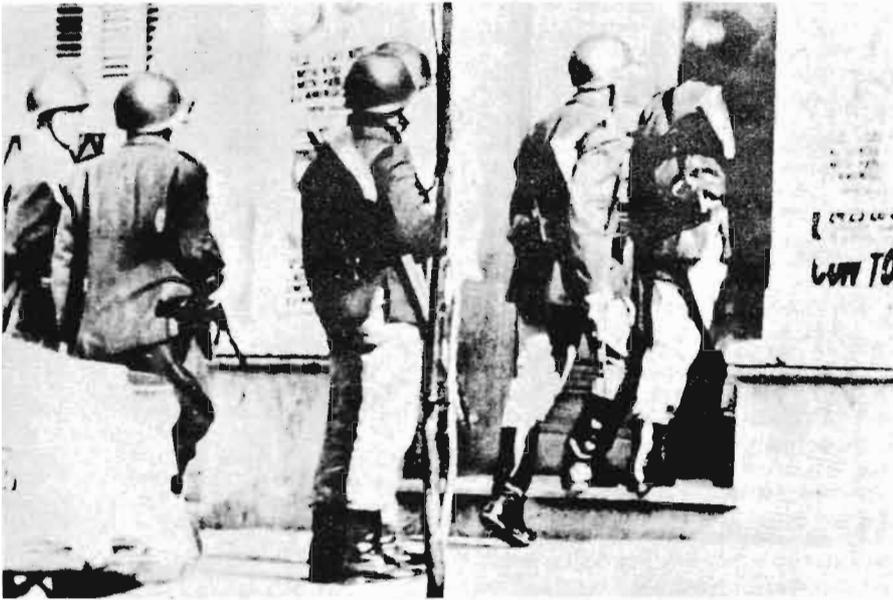
Die Austauschvorschläge, die wir der Regierung gemacht haben, sind allgemein bekannt. Ebenso bekannt ist die verantwortungslose Reaktion der Regierung.

Nicht bekannt ist, daß die Regierung im Geheimen mit uns verhandelt, während sie der Bevölkerung sagt, "mit Verbrechern verhandle sie nicht". Nicht bekannt ist, daß der Polizeichef Oberst Rivero die Verhandlungsversuche mit allen Mitteln hintertreibt. Nicht bekannt ist, daß der Kulturminister und hohe Polizeibeamte die Verhandlungen sabotieren, indem sie unsere Termine nicht einhalten. Nicht bekannt ist, daß sie das Leben und die Sicherheit unserer Gefangenen nicht wegen irgendwelcher "hoher Prinzipien" aufs Spiel setzen, sondern einfach aufgrund ihrer reaktionären, niedrigen und egoistischen Gesinnung. Das allein sind ihre "Prinzipien".

Das ist es, was sie dem Volk nicht sagen.

Inzwischen haben sie eine beispiellose Unterdrückungskampagne gegen unsere Organisation und gegen das ganze Volk gestartet. Im Land wurde das Kriegsrecht ausgerufen; Militär besetzte die Straßen, drang in tausende Wohnungen ein, Tag und Nacht, durchsuchte Krankenhäuser, Schulen, Kirchen und Sportvereine. Die wenigen Rechte, die uns noch geblieben waren, wurden formell aufgehoben. Tausende Bürger wurden verhaftet und mißhandelt; die Hochschulen wurden geschlossen; eine beispiellose Hetz- und Verleumdungskampagne wurde von der Presse losgelassen, die alles tat, um die Fakten zu verschleiern; trotzdem wurden Gerüchte über Folterungen in den Gefängnissen bekannt.

Dies ist nicht das erste Mal, daß das Volk und seine Organisationen an die Kette gelegt werden. Dieser Prozeß hat vielmehr schon vor drei Jahren eingesetzt, als die Machthaber begannen, oppositionelle Zeitungen zu verbieten. Dann lösten sie politische Parteien auf; schränkten die Rechte der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften ein; steckten tausende Uruguayer in Gefängnisse und Lager; schlugen und töteten Studenten und Ar-



beiter; zensurierten Zeitungen, Bücher und Lieder; unterdrückten Kultur und Wissenschaft; verkauften das Land an ausländische Bosse; hoben zusammen mit dem Parlament und der Verfassung die individuellen und kollektiven Rechte des Volkes auf.

All das tun sie zur Verteidigung einer Gesellschaft und einer Ordnung, die allein ihre Ordnung und ihre Gesellschaft ist.

Die Ordnung einer Minderheit, welche die Herrschaft über das Land an sich gerissen hat und die Mehrheit der Bevölkerung ausbeutet.

Die Ordnung eines unproduktiven Systems von Großgrundbesitzern, welche die kleinen Bauern und Landarbeiter zu Armut verurteilen.

Die Ordnung der Großbanken mit ihren betrügerischen finanziellen Transaktionen; die Ordnung der Minister, Polizeichefs, Politiker (im Sinn von Marionetten des Kapitals und der USA. Anm.d.Übers.), der korrupten Beamten und anderer dieser Sorte.

Die Ordnung der Unterentwicklung und der Elendsviertel.

Die Ordnung, die junge Menschen in die Kriminalität oder in die Emigration treibt.

Die Ordnung der Orgien in Punta del Este.

Die Ordnung, die alte und arbeitsunfähige Menschen in der Armut verkommen läßt.

Die Ordnung der Spitäler, in denen die Armen vor Hunger sterben, wie in der Etchepare-Kolonie.

Die Ordnung der Menschen ohne Heim, ohne Kultur, ohne Gesundheit, ohne Arbeit.

Kurz gesagt - die Ordnung einer Minderheit, die sich durch die Leiden der großen Mehrheit bereichert.

Unsere Rebellion richtet sich gegen diese Ordnung und diese Gesellschaft. Diese Rebellion wird weder von Polizeiterror und Pentothal (eine Droge, die das Zentralnervensystem angreift, C11H17N2O2SNa, Anm.d.Übers.) erstickt werden, noch werden Polizeispitzel sie aufhalten, egal wieviele Millionen Ihr bezahlt.

Wieder einmal habt Ihr Fehler gemacht und uns unterschätzt.

Die gegenwärtige Situation des Landes erfordert politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen; Re-

pressionen bringen nichts ein. Wir erwarten, daß nun, nachdem Ihr Euren ganzen Polizeiapparat und Euer Militär ohne Erfolg gegen uns eingesetzt habt, Ihr ein für allemal einsehen werdet, daß die Nationale Befreiungsorganisation keine Gangsterbande ist. Die Nationale Befreiungsbewegung ist die bewaffnete politische Organisation der Studenten, Arbeiter, Angestellten, Landarbeiter, Intellektuellen - kurz, aller ausgebeuteten Schichten in Eurem Regime der Ungerechtigkeit. Aus ihnen rekrutieren sich unsere Mitglieder, sie unterstützen uns und ihre Interessen verteidigen wir.

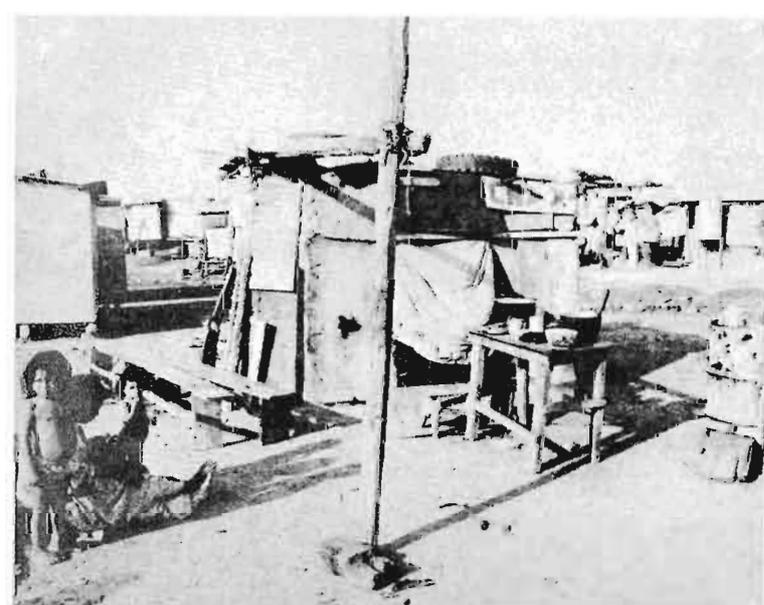
Ihr braucht nicht von ausländischen Einflüssen zu sprechen, um unsere Existenz zu erklären.

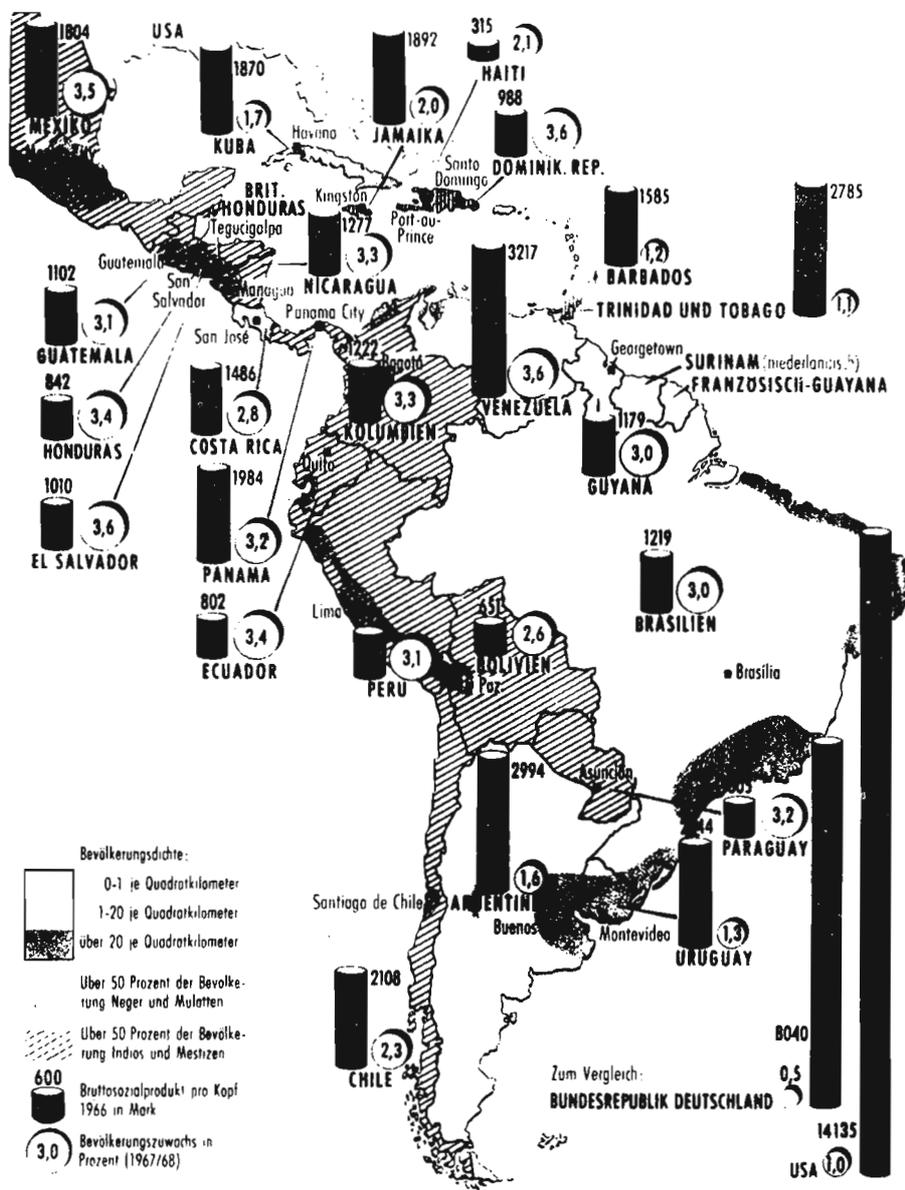
Unser Kampf ist die natürliche und logische Fortsetzung des Kampfes unserer Vorfahren, nur mit neuen Methoden, um der Gegenwart gerecht zu werden. Das Schicksal unserer Nation liegt in den Läufen unserer Waffen, so wie früher in den Speerspitzen unserer Vorfahren, aber da ist ein Unterschied: gestern wurden uns unsere Siege weggenommen, das kann heute nicht mehr passieren. Heute sind die Dinge klar und deutlich gegen Euch. Nun ist es ein bewußtes Eintreten der besitzlosen Massen in die Geschichte, um ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

Wir glauben, daß die Probleme des Landes gelöst werden können, wenn die Gesellschaft einer Handvoll Privilegierter nicht mehr besteht; wenn die Reichtümer, die dieses Land produziert, den Bedürfnissen des Volkes zur Verfügung gestellt werden; wenn das Monopolkapital der Banken, der Industrie und des Gewerbes liquidiert wird und diese Schlüsselstellen der Wirtschaft den Arbeitern und dem ganzen Volk dienen. Wenn die Ketten, die uns an die ausländische Ausbeutung binden, gebrochen sind, und wir eine eigene und unabhängige Politik entwickeln.

Wenn die Rechte des Volkes auf Kultur, Gesundheit, Wohnungen und Arbeit verwirklicht werden; wenn die natürlichen Reichtümer des Landes nicht mehr für Spekulation, Luxus und andere unproduktive Zwecke, sondern für die Bedürfnisse des Volkes verwendet werden.

Wenn die Reichtümer, die man dem Volk gestohlen hat, zurückgegeben, und die Schuldigen bestraft werden.





Das sind die Hauptpunkte unseres Programmes, für die die Organisationen des Volkes seit vielen Jahren auf verschiedene Weise kämpfen.

Unser Kampf wird weitergehen, bis all das erfüllt ist.

Im Namen aller Ausgebeuteten, im Namen unserer Kampftradition im Namen unseres Programmes sagen wir:

Wir erkennen Eure Ordnung nicht länger an. Wir akzeptieren Eure Rolle in der Geschichte nicht mehr. Wir verlangen das Recht, unser Schicksal selbst zu bestimmen, und wir werden uns dieses Recht mit der Waffe in der Hand nehmen.

Das Volk hat entschieden, jeden Schlag, den Ihr ihm versetzt, zurückzugeben. Euer Unterdrückungskrieg wird die einzig mögliche Antwort erhalten: den revolutionären Krieg. Dafür arbeiten wir.

Schließlich, als Ausdruck unseres Wunsches, dem Volk Leiden zu ersparen, die niemand will, aber die wir hinnehmen müssen - wofür wir unsere Waffen und unseren Grund haben, erklären wir öffentlich:

Wir sind bereit, auf begrenzte Zeit auf einen Waffenstillstand einzugehen, unter folgenden Bedingungen:

1. Freilassung aller politischen Gefangenen.
2. Wiedereinstellung aller, die aus ihren Betrieben entlassen wurden (aus politischen Gründen. Anm.d. Übers.) und Rückerstattung des Geldes an die Arbeiter, das die gelben Gewerkschaften als Strafe für Streiks an sich nahmen.
3. Aufhebung der Lohnstopp-Gesetze und der entsprechenden Verordnungen.
4. Ende des Polizeiterrors an den Bildungsanstalten (Schulen, Uni)
5. Restauration aller individuellen und kollektiven Rechte des Volkes durch die gegenwärtige Regierung.
6. Ende aller reaktionären und repressiven Maßnahmen der Regierung.

Unter keinen Umständen werden wir in Verhandlungen über unseren Waffenbesitz oder über unsere Organisation eintreten, denn diese sind die einzige Sicherheit in den Händen des Volkes. Dies ist die Grundlinie unserer Initiative.

Die Regierung hat die Wahl. Wenn sie akzeptiert, werden wir verhandeln und unseren Teil der Abmachungen einhalten. Wenn sie nicht akzeptiert, wird sie den Krieg gewählt haben – und wenn es keine Heimat für alle gibt, wird es für niemanden eine Heimat geben. Dies wird unsere Parole sein.

Das ist alles.



Ein Lied fehlte

Vor über zweieinhalbttausend, meist jüngeren Zuhörern, sang der Hamburger Liederschreiber und APO-Anwalt Franz Josef Degenhardt am 22. Jänner 1971 in der Wiener Stadthalle. Er brachte ein paar von seinen Linken Liedern und vermittelte die Milieuschilderungen und Agitsongs, wie man es von ihm gewohnt ist: aggressiv, direkt und mit einer Überzeugungskraft, die verstehen läßt, weshalb dem Sänger vom politischen Gegner Rattenfängerqualitäten nachgesagt werden. Die Halle war begeistert.

Ginge es uns nun um den Degenhardtabend allein – wir würden es wahrscheinlich mit einer ähnlichen redaktionellen Meldung bewenden lassen; nicht nur, weil sowieso alles, was sich in Wien jugendliche Linke nennt, an dem Abend persönlich vertreten war und es keines Nachrufs bedarf. Vor allem auch, um nicht eine Unart bürgerlicher Zeitungen zu

kopieren: den Kulturfriedhof, wo einem die Kommentare, Glossen und Gschichterln wie die von mehr oder minder bedeutenden Kritikerpersönlichkeiten in Grabsteine eingemeisselten Inschriften vorkommen. Kultur von gestern zum Frühstück serviert - hier ein Konzert, dort ein Liederabend, schön schwarz auf weiß zum Nachempfinden. Das schenken wir uns gerne.

Um das Konzert allein geht es uns nicht. Sollten in diesen paar Zeilen vielleicht die künstlerischen Qualitäten des Balladenschreibers einer Kritik unterzogen, der gute alte mit dem neuen Degenhardt verglichen werden? Das hieße, dem Mann Unrecht tun.

Oder sollten wir uns über das Drumherum ärgern, vielleicht über die Unfreundlichkeit der Stadthallen-Betriebsgesellschaft, die dem anstürmenden Publikum nur ein kleines Tor öffnete und so eine mittlere Straßenschlacht vor den Eingängen provozierte?

Uns etwa selbst beweihräuchern? Es war die FÖJ, die veranstaltet und Wien ein kleines Stück vom Image der Kulturprovinz genommen hat. Auf Eigenlob wird gern verzichtet.

Was uns tatsächlich ärgert, sitzt ein wenig tiefer. Man muß sich vorstellen: Da sitzen Vertreter aller (oder fast aller) Gruppen und Grüppchen, die sich links, revolutionär, oder sonst wie schimpfen, Leute, die seit Jahren miteinander kaum noch reden, sich fast bis aufs Messer bekämpfen, in den anderen Fraktionen die Hauptfeinde der eigenen Aktivität erblicken, alle Gruppen und Grüppchen eben, in einer Halle versammelt, um Väterchen Franz zu lauschen, Und der singt dann auch fleißig vom Klassenkampf. Aber das eine Lied, das singt er nicht, der neue Degenhardt, hat er es doch auch damals, als er noch der gute alte war, nie gesungen, das Lied von den bösartigen Streitereien der deutschsprachigen Lin-

ken. Es könnte von der verlorenen Einheit(gab's überhaupt je eine?) erzählen, auch davon, daß sie sich's eigentlich gar nicht hätten leisten dürfen, zersplittert zu sein und der Feind auch in Zukunft nicht links stehen kann.

Da gäbe es schon so manches zu singen, was am 22. Jänner nicht zu hören war. Und darin liegt auch der tiefere Grund, weshalb der Abend im nachhinein so bitter stimmt, nicht in manchen Degenhardtschen Vereinfachungen, wenn er oft mit Zerrbildern der Wirklichkeit hantiert, nicht in den Stadthallen-Schikanen, nicht in anderen Mängeln rund um das Konzert.

Das eine Lied hat gefehlt. Gewollt oder ungewollt, zu diesem Problem hat sich Degenhardt bisher gründlich ausgeschwiegen. Früher oder später wird man darauf eine Antwort finden müssen, gleichgültig ob man nun ein deutscher politischer Sänger ist oder eine linke österreichische Organisation.

R.J.

p.b.b.

Erscheinungsort: W I E N
Verlagspostamt/1040 Wien

